



Nr. 208.

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinspaltige Seite 60 Pfg. Klagen 2.— Mt. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Dienstag, den 7. September 1920.

Verzugspreis: In der Stadt mit Traglohn Mt. 12.00 vierteljährlich. Postbezugspreis Mt. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Zusammenkunft der Ernährungsminister in Berlin

Von zuständigem Stelle wird mitgeteilt: Ueber die Besprechung des Reichsernährungsministers mit den Ernährungsministern der Länder am 1. September ist von Berlin aus Nachricht an die Presse gelangt. Für Württemberg nahm an Stelle des verhinderten Staatsministers Dr. Schall Staatsrat Rau teil. Die Verhandlungen galten vorwiegend der Schaffung von Sicherungen gegen die aus dem Abbau der Zwangswirtschaft für die gleichmäßige Versorgung und die Preisgestaltung drohenden Gefahren. Diese Sicherungen will das Reichsernährungsministerium schaffen durch Anlegung von Reichsreserven, insbesondere bei Fleisch und Kartoffeln, Hebung der inländischen Erzeugung durch Beschaffung von Düngemitteln und was die Preisgestaltung anlangt, vornehmlich durch Mitwirkung der landwirtschaftlichen Organisationen bei dem Schutz der Verbraucher gegen übermäßige Preisforderungen der Landwirte. Diese Sicherungen wurden gebilligt, erschienen aber den süddeutschen Ländern bei der Aufhebung der Fleischbewirtschaftung nicht genügend. Es wurde ihnen zugestanden, daß sie gegen die Verpflichtung, Schlachtvieh an die Bedarfsländer im bisherigen Umfang abzugeben, berechtigt sein sollen, die Abgabe von Vieh nach anderen Ländern zu regeln. Damit ist die große Gefahr der Verschleppung der württembergischen Viehbestände, so gut als bei der freien Wirtschaft möglich, beseitigt. Der Zeitpunkt der Aufhebung der Fleischbewirtschaftung soll wegen der Gefahr der Verführung von Brotgetreide von dem befriedigenden Fortgang der Getreideablieferung in den nächsten Wochen abhängig gemacht werden.

Bei den Kartoffeln, deren Freilassung von der öffentlichen Bewirtschaftung bereits verfügt ist, ist durch verkehrstechnische Bestimmungen dafür Sorge getragen, daß kein unwirtschaftlicher Kreuzverkehr eintritt, aus einem Bedarfsland, die im Lande selbst erzeugten Kartoffeln nicht mit der Bahn weggeführt werden. Von den württembergischen Landwirten muß erwartet werden, daß sie auch der Wegführung der Kartoffeln mit Fuhrwerk auf dem Land nicht Vorbehalt leisten, sondern ihre Ehre darein setzen, zu zeigen, daß die württembergische Landwirtschaft auch bei freier Wirtschaft die Ernährung der ihr nächststehenden Verbraucherkreise zu erschwinglichen Preisen sichert. Auch hier ist den landwirtschaftlichen Organisationen und Führern eine dankbare Aufgabe gestellt.

In der Mehl- und Brotversorgung, bei der die Zwangswirtschaft noch nicht entbehrt werden kann, geht die Absicht des Reichsernährungsministeriums in erster Linie dahin, die im letzten Versorgungsjahr hervorgetretenen Missetände durch Schaffung einer ausreichenden Reserve zu vermeiden, die 1. auf inländische Erzeugung und 2. auf rechtzeitige und gesteigerte Einfuhr gegründet werden soll. Diesem Bedürfnis nach Erhaltung einer Reserve will der Reichsernährungsminister das Verlangen der Bevölkerung nach einer geringeren Ausmahlung des Getreides und der Erhöhung der Brottraktion hinhin stellen. Auch auf die Lieferung von Strohmitteln glaubt das Reich noch nicht verzichten zu können, dagegen soll die Beimengung in den niedersten Grenzen gehalten werden. Von einem Teil der Länder, darunter auch Württemberg, wurde verlangt, daß das Brot alsbald besser werden müsse. Dies müsse erreicht werden durch Weglassung der Strohmittel und eine, wenn auch mäßige Herabsetzung des Ausmahlungssahes; ebenso müsse ein brauchbares Rohmehl geliefert werden. Auch eine Erhöhung der Brottraktion sei anzustreben, sobald die Durchhaltung für das ganze Erntejahr als gesichert gelten könne. Es wurde darauf hingewiesen, daß je besser der dringende Bedarf der Bevölkerung durch die öffentliche Versorgung gedeckt werde, desto mehr die Schleicherzeugung abnehmen und um so besser auch die Erfassung des inländischen Getreides gelingen werde. Die Entschlieung über die Frage der Herabsetzung des Ausmahlungssahes und die Heraussetzung der Brottraktion hat sich das Reichsernährungsministerium noch vorbehalten. Bezüglich der Einfuhr wurde von Württemberg Ausmahlung aller Möglichkeiten unter Vermeidung jeder aus der Zentralisierung der Einfuhr drohenden starken Bureaualastsetzung verlangt und auch vom Reich in Aussicht gestellt. Auch trat der württembergische Vertreter für baldigste Wiederbeschäftigung der bedeutenden württemberg. Teigwarenindustrie nachdrücklich ein.

An der Bewirtschaftung des Zuckers wird im Wirtschafts-jahr 1920/21 festgehalten. Wie schon vor längerer Zeit mitgeteilt, läßt sich aber der vorjährige Zuckerrübenpreis unter

keinen Umständen aufrecht erhalten. Eine Erhöhung des Zuckerrückpreises kann deshalb nicht vermieden werden. Von Württemberg wurde verlangt, daß bei der Berechnung des Verbraucherpreises auf die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung jede mögliche Rücksicht genommen wird und insbesondere alle ungerechtfertigten Gewinne der Zuckerindustrie ausgeschaltet bleiben. An eine Belieferung der Marmeladefabriken mit Zucker dürfe nicht gedacht werden, ehe der Bedarf der Bevölkerung an Mund- und Einmachzucker vollständig sichergestellt sei.

Die nächste Zusammenkunft soll in der zweiten Hälfte des Monats September stattfinden; bei ihr soll insbesondere über die Organisation der Preisüberwachung verhandelt werden.

Vernichtung des Kriegsmaterials eines Poloniazuges.

Erfurt, 6. Sept. Am Freitag wurden die Wagen eines Poloniazuges, die mit Munition geladen waren, in Erfurt aus- rangiert. Sie sollten am Sonntag weiterbefördert werden. Am Samstag wurde die aus einer Million Gewehrpatronen bestehende Ladung von den Arbeitern herausgeholt und die Rüste eine nach der anderen zur Explosion gebracht. — Die Poloniazüge sind regelmäßige Züge der Entente, die angeblich Kriegsmaterial für die Besatzungstruppen im Osten befördern, deren Durchfahrt also nach dem Friedensvertrag gebuhdet werden muß. Die Fahrten sind aber in den letzten Monaten so auffallend stark geworden, geworden, daß man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, daß sie zum Transport von Kriegsmaterial für die Polen benützt werden. Das Scheinrecht hat die Entente allerdings für sich, weil wir es der Entente nicht nachweisen können, und deshalb kann ein solches eigenmächtiges Vorgehen zu den schwersten Folgen führen. Die Schrift.

Der „Vorwärts“ zu dem Vorgehen.

Berlin, 7. Sept. Das Vorgehen der Erfurter Eisenbahnarbeiter wird auch von den linksdemokratischen Blättern scharf gebrandmarkt. Der „Vorwärts“ schreibt, daß die Eisenbahnerschaft in Erfurt fast ganz unter unabhängigen und kommunistischen Einflüssen steht. Die Arbeiter, die trotz der Verhandlungen ihrer Kommissionen aus Eigenem heraus zu der wilden Maßregel griffen, sind augenscheinlich das Opfer kommunistischer Phrasenhelden geworden, von denen einer erst kürzlich in einer Unabhängigen-Versammlung in Erfurt erklärte, man müsse zum Krieg mit der Entente treiben. Diese Elemente spielen mit dem Feuer und es ist nur zu begreiflich, wenn sich gegen solche unverantwortlichen Kräfte die ganze Entrüstung des deutschen Volkes wendet. Wahrscheinlich allerdings ist es, daß die Entlassung und mögliche Befragung der beteiligten Arbeiter wiederum zu einer Generalkampfprompanda Veranlassung geben wird. Wir hoffen aber, daß sich die Mehrheit der Arbeiter aus solchem Anlaß nicht in gewissenlose Bewegungen hineintreiben lassen wird, die schließlich mit einer Niederlage wie in Stuttgart enden müßten. — Der „Berliner Lokalanzeiger“ erzählt, daß ein Streik von vornherein nur ein Teilstreit sein könnte, der für die Betriebslage auf der Eisenbahn vollständig bedeutungslos bleiben würde.

Oberschlesien.

Zunahme der polnischen Gewalttätigkeiten. Offene französische Unterstützung der Polen.

Breslau, 7. Sept. Nach den neuesten Nachrichten aus Oberschlesien wird dort die Lage immer gespannter. Die Unterhandlungen zwischen den deutschen und den polnischen Parteien werden von polnischer Seite offensichtlich mit Lüge betrieben. In Lipine wurde die Bildung der neuen Abstimmungspolizei durch bewaffnete polnische Zivilisten verhindert. In Myslowitz wurde die Abstimmungspolizei von den Polen gezwungen, die Stadt zu verlassen. Auch die italienischen Besatzungstruppen mußten sich aus der Stadt zurückziehen, kehrten aber später wieder zurück. In Boguschiweigerte sich die neugebildete Polizei, die Mitglieder des Gewerkschaftsbundes der Angehörigen bei der Tagung des Bundes vor den Ueberfällen durch polnische Banden zu schützen. Auch sonst geht der polnische Terror ungehindert weiter. Auf der Prinzengrube bei Lozisk haben die Polen 13 deutsche Beamte abgesetzt und durch polnische ersetzt. Die Verkleidung der Grube wandte sich an General Berond, der jedoch ablehnte, sich in wirtschaftliche (?) Differenzen einzumischen. Von einer Waffenabgabe der Polen ist nirgends etwas zu hören. Der englische Kreisinspektor in Deuthen, Major Orlsen, erklärte selbst, daß es unmöglich sei, von den Polen Waffen herauszubekommen. In der deutschen Bevölkerung ist das Gerücht verbreitet, daß man in Paris mit der Absicht umgehe, die Abstimmung überhaupt nicht stattfinden zu lassen, das seinen Ursprung in einer Mitteilung des Polener

Blattes „Dziennik Pognanski“ hat, wonach in Paris schon die Frage aufgeworfen werde, ob es nicht richtiger sei, Oberschlesien den Polen ohne Abstimmung zu geben. Die deutsche Presse in Oberschlesien ist nicht in der Lage, die strupelösen Unrichtigkeiten der polnischen Zeitungen zu berichten. Da sie bei jedem Versuch sofort dem Verbot durch die französischen Behörden unterliegt.

* Berlin, 6. Sept. Der französische Kreisinspektor von Gleiwitz hat, laut „B. Tgl.“, entgegen der Verordnung der Interalliierten Kommission, wonach nichtpolitische Straftaten durch deutsche Behörden geahndet werden sollen, den Amtsvorständen des Kreises Gleiwitz jede Straferfolgung und Strafvollstreckung verboten. Er verlangt, daß hierzu in jedem einzelnen Fall seine Genehmigung eingeholt wird. Die Franzosen duldeten ferner eine große polnische Demonstrationsversammlung in Myslowitz, die im Widerspruch mit dem Belagerungszustand stattfand und an der französische Offiziere, darunter der Höchstkommandierende der französischen Streitkräfte in Oberschlesien, General Gravier, teilnahmen. Schließlich willfahrien die Franzosen dem Verlangen der Polen, daß die neugeschaffene Abstimmungspolizei Myslowitz wieder verlassen. Auch der Wunsch der Polen, daß die Italiener aus Myslowitz abziehen sollten, wurde erfüllt. Die Abstimmungspolizei und die Italiener haben demzufolge Myslowitz verlassen müssen. Auch gegen das deutsch-polnische Uebereinkommen, daß niemand in die Bürgerwehren aufgenommen werden soll, der sich an den jüngsten Aufständen beteiligt hat, ist in einer Reihe von Orten verstoßen worden. In Boguschiweig ist sogar der Führer des polnischen Aufstands zu Mörder der neugeschaffenen Bürgerwehr gemacht worden.

Eine Note über die polnischen Gewalttaten.

Berlin, 5. Sept. (Amtlich.) Die Reichsregierung hat eine Anzahl einwandfrei festgestellter besonders empörender Gewalttaten gegen Deutsche in Oberschlesien zur Kenntnis des Präsidenten der Friedenskonferenz gebracht und ihm hierbei die nachstehende Note überreichen lassen: Die Nachrichten über Gewalttaten gegen Deutsche in Oberschlesien mehren sich. Der deutschen Bevölkerung im Abstimmungsgebiet und im übrigen Reich hat sich infolge dessen steigende Erregung bemächtigt, die eine Atmosphäre der Verhöhnung und Arbeit nicht auskommen läßt, vielmehr zu gewaltsamen Gegenmaßnahmen aufricht. Aus der Fülle der hier vorliegenden Meldungen sind einige besonders schwerwiegende Fälle zusammengestellt, deren Ergänzung vorbehalten bleibt. Die deutsche Regierung ist es dem deutschen Volke schuldig, Klarheit über den tatsächlichen Sachverhalt herbeizuführen und das ihrige zu tun, damit Abhilfe eintritt. Nach den Abmachungen von Paris ist sie nicht in der Lage, durch ihre eigenen Organe in dem von der Interalliierten Kommission verwalteten Gebiet Feststellungen vornehmen zu lassen. Durch private Beauftragte kann dies nicht geschehen. Würden aber die Erhebungen der Interalliierten Kommission überlassen bleiben, so wäre mit Sicherheit anzunehmen, daß das Ergebnis von der erregten Bevölkerung nicht als unparteiisch anerkannt würde. Der erstrebte Zweck wird nur zu erreichen sein, wenn eine an den Vorgängen in Oberschlesien unbeteiligte Stelle die Aufgabe übernimmt. Die deutsche Regierung beehrt sich daher vorzuschlagen, eine von Deutschland, Polen und den alliierten Hauptmächten zu wählende Kommission aus Angehörigen aller Staaten, die nicht zu den Signatarmächten des Vertrages von Versailles gehören, mit den Feststellungen des Sachverhalts zu betrauen. Sie hofft, daß die Tätigkeit einer solchen Kommission auch dazu beitragen wird, in Oberschlesien die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen allein ein dem Sinn und dem Wortlaut der Verträge entsprechende Abstimmung erfolgen kann. Die Regierungen in Paris, London, Rom und Warschau, sowie der päpstliche Stuhl werden von dem Inhalt der Note in Kenntnis gesetzt.

Der Krieg zwischen Rußland und Polen.

Der polnische Frontbericht.

Warschau, 7. Sept. (Frontbericht.) Litauische Truppen, die von Bolschewisten unterstützt wurden, setzten ihre Angriffe auf unsere Truppen fort und drangen vorwärts in der Richtung auf Suwalki—Augustowo. Durch einen plötzlichen Angriff bei Kamiebow—Biteski zerstreuten unsere Abteilungen eine Sowjetbrigade, nahmen 700 Mann gefangen und eroberten drei Kanonen. An der Bugfront wurden neue feindliche Angriffe abgewiesen. Eine bolschewistische Abteilung wurde bei Modowa durch die Freiwilligen-Abteilung des Generals Blachowicz in eine Falle gelockt. An der übrigen Front ist die Lage unbedeutend.

Der russische Bericht.

(WIB.) Paris, 6. Sept. Ein Mosauer Funkpruch vom 4. d. Mts. meldet: An der Westfront bei Bresl-Litowost dauern die Kämpfe fort. In der Gegend von Wladimir—Wolhonsk haben unsere Truppen nördlich von Grubeshow eine

ber 1920.
e.
vergebl.
iff,
schwerem
ngen.
lebenen:
amitie.
g 2 Uhr.
ber 1920.
e.
Bekannt
ber Vater,
dem Herrn
ebenen.
1 Uhr.
hrer-Verein
Calw.
ing von Frau
iff, Mithengkeit
probe
Hirsch“ in Alt-
Männerchorbuch.
Seewer.
er
bis
ossen
elanfälle,
Schwächezu-
el. Broschüre.
W 35,
a.
antum
er
annen
e auch starke
Bauholz
ütter, Calw.
mer
gesucht
elschule.
ühner
ate alt, à 35—45
den nach Wunsch
e von 5 Stück ab.
hingen, Wttbg.

starke feindliche Abteilungen geschlagen und mehrere Tausend Gefangene gemacht. Sie vernichteten das 2. polnische Infanterieregiment. In der Südwestfront brachten unsere Angriffe einen feindlichen Vorstoß zum Scheitern. Der Feind wurde nach Westen zurückgeschlagen. In der Gegend von Malin verfolgten die roten Truppen den Feind gegen den Dnjeper. — Kräfteabschnitt: Heftige Kämpfe. 14 West- und Südwestfronten wurden eine feindliche Landungsabteilung ins Meer zurückgeworfen. Im Süden wurden isolierte feindliche Truppen von uns geschlagen und vernichtet.

Polnisch-litauische Friedensverhandlungen. Paris, 6. Sept. Havas berichtet aus Warschau: Die polnisch-litauischen Friedensverhandlungen sind beendet. In Mariampol werden unverzüglich Friedensverhandlungen eröffnet.

Abtransport der Russen aus Ostpreußen. Königsberg, 6. Sept. Die Verhältnisse im Lager von Arys haben sich beträchtlich gebessert. Bis heute sind von den 44 000 Russen etwa 14 000 abtransportiert worden. Der Abtransport geht gut vonstatten. Die Polen sind mit dem Abtransport der in Ostpreußen internierten Russen durch den Korridor einverstanden, ebenso damit, daß die Begleitmannschaft in Polen bewaffnet wird. Vom 9. September ab sollen täglich zwei Züge mit Transportleistung von je 4000 Mann abgehen. Der Abtransport auf dem Seewege soll keine Unterbrechung erfahren.

Deutsche Arbeiter in Rußland.

Unter diesem Titel schildert Wilhelm Dittmann in der „Freiheit“ (Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands) vom 31. August 1920 die Erfahrungen, die der erste Transport deutscher Arbeiter, welche allen Warnungen zum Trotz nach Rußland ausgewandert sind, dort machen mußte. Ein Zufall wollte es, daß die nach Moskau entsandte Delegation der U.S.D. zur Tagung der dritten Internationale in Moskau, den gleichen Dampfer benutzte, wie der Auswanderertransport. Dittmann erzählt, daß die in Koloomea angekommenen Deutschen sofort Unannehmlichkeiten gehabt hätten. Industriearbeiter berichteten, daß die Deutschen zum Teil wieder in ihre Heimat zurückkehren wollten. Nichts von allem was ihnen in Aussicht gestellt worden sei, hätten sie vorgefunden. Weder die Arbeitsbedingungen seien wie sie erwartet hätten, noch seien Wohnungen vorhanden gewesen, auch mit den Ernährungsverhältnissen hätten sie üble Erfahrungen machen müssen. Von den russischen Arbeitern seien sie sehr unfreundlich empfangen worden. Man habe gefragt, ob sie gekommen seien, den russischen Arbeitern das letzte Brot wegzunehmen usw. Aus dem Bericht Dittmanns seien folgende Stellen wiedergegeben:

„... umf... em Rundgang durch die Fabrik (in Koloomea), die früher 1000, jetzt ca. 5000 Arbeiter beschäftigte, fanden wir bestätigt, daß der Zustand des Betriebes sehr viel zu wünschen übrig läßt. ... Die deutschen Arbeiter, die in der Fabrik arbeiteten, sagten uns, daß alles furchtbar langsam gehe und schlecht funktionierte. Ueber die Betriebsverhältnisse hörten wir von der Fabrikleitung, die aus einem Tischler, einem Maler und einem Angestellten bestand, daß der Betriebsrat ein Organ des Metallarbeiterverbandes sei, aus 5 Mitgliedern bestehe und mit der Verwaltung nichts zu tun habe. Die deutschen Arbeiter bekamen größere Rationen als die russischen und zwar 1 1/2 Pfd. Brod, 1/2 Pfd. Fleisch und 1/2 Pfd. Hirsegrütze, täglich pro Mann, außerdem für alle 120 Mann 16 Pud Grünzeug (Küdenwurzeln usw.) Kaffee morgens und abends, Salz, Zucker, Tabak, Seifenpulver. ... Von einem Abgesandten der Nichtarbeitenden wurden wir zu einer Versammlung dieser Gruppe eingeladen. Genosse Fähnrich, Oberschöneweide gab an, daß 80 Mann zurück wollten. ... Sie seien belogen und betrogen worden, von den Auswanderungsagenten. ... Die Lebensmittelverhältnisse seien so, daß sie nicht leben könnten. Einige seien schon im Krankenhaus, hätten Blutspucken und Blut in den Abgängen. ... Man hat uns als Eindringlinge und „Konterrevolutionäre“ bezeichnet. ... Weitere Transporte nach Rußland müßten verhindert werden. ... Der Verdienst reiche nicht aus. Was seien 11 bis 12 000 Rubel monatlich, wo ein Pfund Butter allein 3 500 Rubel kostet.“ Dittmann selbst führte seinerseits in einer Rede aus, daß für deutsche Arbeiter Existenzmöglichkeiten kaum eher gegeben seien, als nicht zwischen Rußland und Deutschland die wirtschaftlichen Beziehungen wieder aufgenommen sind. Seine Ausführungen wurden von Däumig ergänzt, der ausführte, daß die Interessengemeinschaft beider Länder Illusionen erweckt habe, die nicht erfüllt werden könnten. Die Beschwerden der Deutschen wurden von dem russischen Genossen Mataroff zurückgewiesen. Es wurde den deutschen Arbeitern vorgeworfen, daß sie Ausnahmestellungen haben wollten. Es müsse gearbeitet werden. Die Russen arbeiten 12 Stunden und mancher breche ohnmächtig an der Bank zusammen usw. Dittmann schloß: „Wie die Dinge sich weiter entwickelt haben, entzieht sich unserer Kenntnis. ... Hoffentlich sorgen die russischen Genossen gemäß ihren Versprechungen dafür, daß der gedehnte Rücktransport erfolgt, ehe der russische Herbst mit seinen ununterbrochenen Regengüssen oder gar der Winter mit seinen Schneemassen und seiner barbarischen Kälte einsetzt.“

Ausland.

Die dänische Volksabstimmung über die Einverleibung Nordschleswigs.

Kopenhagen, 7. Sept. Bei der gestrigen Volksabstimmung über den Gesetzesvorschlag zur Einverleibung der nord-schleswigschen Landesteile in Dänemark wurden nach einer vorläufigen Aufstellung für den Vorschlag 616 954 Stimmen, gegen ihn 19 726 Stimmen abgegeben. Daburch sind die durch die Verfassung vorgeschriebenen 45 % der Stimmen erreicht.

Millerand über die Elsaß-lothringischen Autonomiebestrebungen.

Paris, 6. Sept. Wie der Sonderberichterstatter der Agence Havas aus Metz meldet, hat Millerand auf eine Begrüßungsrede im Rathaus geantwortet, von Partikularismus könne keine Rede mehr sein. Elsaß und Lothringen bildeten einen integrirenden Bestandteil Frankreichs, von dem sie nie wieder getrennt werden würden.

Französische Gewaltpolitik gegenüber der Schweiz.

(W.D.) Bern, 6. Sept. Nach einem Bericht des Pariser Korrespondenten des „Bund“ befaßt sich Ministerpräsident Millerand nun selbst mit der Zonenfrage. Millerand gelangte auf Grund des Altentudiums zu der Ueberzeugung, daß Frankreich nach dem Versailler Vertrag voll berechtigt sei, von der Schweiz gegen gewisse Zugeständnisse den Verzicht auf die javoyische Freizone zu verlangen. Die französische Regierung sei zu der Unterzeichnung des Vertrags berechtigt und sie wolle, daß der Bund Zollfreiheit für einige Ware zuzühere. Wenn die Schweiz nicht mit sich handeln lasse, sei Frankreich entschlossen, dieses Sonderrecht der Genfer Freizone auf andere Weise zu beendigen. Die gute Nachbarschaft lasse sich nur durch klares Recht aufrecht erhalten. — (Das „klare Recht“ der Franzosen kennen wir ja alle.)

Schweizer Sozialisten gegen den Volkshewismus.

Bern, 6. Sept. Die sozialistischen Nationalräte Graber und Raine lehnen in ihren Blättern die Bedingungen zum Beitritt zur dritten Internationale glatt ab. Graber erklärt in der „Sentinelle“, der Geist der Tyrannei und die drohende Sprache der Bedingungen müßten jeden empören, der nicht allen Stolz und Unabhängigkeitsfinn verloren habe.

Der irische Freiheitkampf.

Paris, 6. Sept. Nach einer Havas-Meldung aus London ist der Küstenschuppen von Fanad Head letzte Nacht von bewaffneten und mit Bomben versehenen Banden überfallen worden. Nach stündigem Kampfe wurde der Posten überwältigt und der Waffen und Ausrüstung beraubt. Nach einer anderen Meldung haben Sinn-Freier, die englische Militäruniform getragen haben sollen, die Kasernenanlagen von Bellef genommen und in Brand gesetzt.

Paris, 6. Sept. Laut Journal hat Bonar Law gestern dem Generalsekretär der Gewerkschaften mitgeteilt, die Freilassung des Bürgermeisters von Cort sei eine Unmöglichkeit. Die Gerechtigkeit müsse ihren Lauf nehmen. — Wenn England morde, dann spricht es am meisten von Gerechtigkeit.

Das englische „Recht“.

Rotterdam, 6. Sept. Nach einer Meldung aus London hat Lloyd George in Beantwortung des Ersuchens des Bürgermeisters von Newhork wegen Befreiung des Bürgermeisters von Cort in höflichen aber festen Worten erklärt, daß er in den Lauf des Rechts (?) sich nicht einmischen könne.

Englische Lügenpropaganda gegen die Türkei.

London, 6. Sept. Der „Times“ wird aus Konstantinopel berichtet: Die Lage in Anatolien verschlimmert sich. In gut informierten Kreisen besichtigt man, daß die Extremisten nicht davor zurückschrecken werden, ein Christenmassaker wieder zu begehen. — Daß die Engländer die Welt gegen die Türken einnehmen wollen, ist begreiflich, daß aber ein deutsches Korrespondenzbüro diese Propaganda durch Weiterverbreitung solcher Nachrichten unterstützt, ist — unbegreiflich.

Bermischtes.

Bulgariſche Hoffnung auf Deutschlands schöpferische Kraft.

* Berlin, 7. Sept. Eine Tageszeitung in Sofia schreibt über Deutschland: Militärisch niedergeworfen, leidet das deutsche Volk heute unter den schwersten Bedingungen des Friedens. Aber es wird sie überwinden, es wird ihrer durch sein unverwundliches Mittel Herr werden: durch seine schöpferische Kraft.

Luftverbindung zwischen Deutschland und den baltischen Staaten.

Berlin, 7. Sept. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, soll demnächst eine Luftpostverbindung zwischen Deutschland und den baltischen Randstaaten eingeführt werden. Die Linie Berlin-Königsberg soll bis Riga, Reval und Helsinki verlängert werden.

Erläuterung des internationalen Reiseverkehrs.

Rotterdam, 5. Sept. Der Völkerebund bereitet nach einer Meldung aus London eine Konferenz vor, die den Zweck hat, die Schwierigkeiten, die dem internationalen Reiseverkehr durch die Bestimmungen über Pässe, Visa und andere Formalitäten erwachsen, nach Möglichkeit zu beseitigen. Die Konferenz wird im Januar in Barcelona zusammenkommen. Der vorläufige Ausschuss für internationale Verbindungen in Paris hat auf Ersuchen des Völkerebundes die Untersuchung der Frage in Angriff genommen. Ein Untersuchungsausschuss kommt am 5. Oktober zusammen, in dem die europäischen Mitglieder des Völkerebundes vertreten sein werden. Die deutsche, österreichische, bulgarische und ungarische Regierung werden eingeladen werden, Vertreter zu entsenden.

Carranza.

ep. Der frühere Präsident von Mexiko, Carranza, der am 21. Mai d. S. von politischen Gegnern feig ermordet worden ist, war ein Mann von wahrhaft sozialem Empfinden. Und er handelte auch danach. Darum war das internationale Großkapital, geführt von der New-Yorker Börse, sein erbitterter Feind. Er war diesen Mächtigen im Weg bei der Durchführung ihres Planes, sich die Bodenschätze Mexikos zu sichern und auszubeuern. Carranza war Bodenreformer und ein Bahndreher dieser wichtigsten aller sozialen Reformen im lateinischen Amerika. Unter ungeheurer Beteiligung ist Carranza auf dem Armenfriedhof zu Mexiko beerdigt worden. So hatte er es selber angeordnet. Ein Freund der Bedrückten war er sein Leben lang gewesen.

Deutschland.

Ueberfüllung in den Reichsämtern.

Die „Frankfurter Ztg.“ (Nr. 652 vom 3. Sept.) schreibt u. a.: Die Forderung nach Vereinfachung des bürokratischen Apparats ist zu ungezählten Malen erhoben worden. Aber geschehen ist in dieser Hinsicht so gut wie nichts. Im Gegenteil, die Hypertrophie des Beamtenapparats wächst und wächst, und statt eines Abbaus sehen wir täglich neue Behörden entstehen, die nicht nur die Lasten, die der Steuerzahler nicht mehr aufzubringen vermag, sondern auch das Durcheinander und die Viektregerei vergrößern. Allein die Betriebsverwaltung der Eisenbahnen erfordert im laufenden Jahre einen Zuschuß von

18-20 Milliarden Mark. Das ist fast so viel als die gesamten Anlagekosten des deutschen Staatsbahnnetzes betragen haben, und mehr vielleicht, als das deutsche Volk trotz schärffter Anziehung der Steuerschraube in diesem einen Jahre an Steuern und Abgaben aufzubringen vermag. Eine der Hauptursachen dieser verheerenden Defizitwirtschaft aber liegt darin, daß die Eisenbahnverwaltung weit über 100 000 überzählige Beamte und Angestellte beschäftigt, und nach der Erklärung, die Reichsminister Dr. Geßler gegeben hat, aus Furcht vor einem Streik er nicht wagt, diesem Zustand ein Ende zu machen. Bei der Post, im Ressort des Reichswehrministers und in der Zivilverwaltung sind die Verhältnisse nicht um ein Jota besser. Und am schlimmsten sind sie in den Kriegsgesellschaften, wo viele Tausende auf Kosten der Gesamtheit ein für sie ebenso bequemes, wie für den Staat kostspieliges und unnützes Dasein führen. Wie weit das geht, dafür gab jüngst der ehemalige Staatssekretär Dr. Müller im „Berl. Tagebl.“ einige drastische Beispiele: Die leitenden Stellen im Reichspostamt geben zu, daß diese Behörde rund 50 000 Beamte zwiel hat, für die rund 500 Millionen Mark jährlich an Gehältern erforderlich sind, während die von der gesamten Geschäftswelt als unerträgliche Belastung empfundene Erhöhung des Briefpostos kaum 300 Millionen Mark einbringt. Die Militärbehörden beschäftigen noch immer etwa 65 000 Beamte mit der „Abwicklung“ des alten Heeres und der Marine. Im Etat für 1920 sind dafür nicht weniger als 27 Milliarden Mark ausgeworfen. 90 Prozent der in diesem Abwicklungsverfahren von Hand zu Hand wandernden Akten verdient nichts anderes als einen baldigen Flammentod. Bei einer Kriegsgesellschaft ergab eine Nachprüfung, daß sie Waren im Wert von kaum 100 Millionen Mark verwertet, zu deren Verwaltung ein Apparat von 700 Angestellten, darunter 21 in leitender Stellung, vorhanden war. Hätte man die Verwertung der Bestände einem geschickten, branchekundigen Kaufmann überlassen, so würde er wahrscheinlich in einem halben Tag die Bestände verwertet und das Fortbestehen der Gesellschaft überflüssig gemacht haben.“ — Solche Zustände schreien zum Himmel, sagt die „Frankf. Ztg.“ und eine Regierung, die nicht wagt, den Kampf aufzunehmen gegen die Schmarotzer u. überflüssigen Kostgänger des Staates, verlegt ihre elementarsten Pflichten. Der Einwand, daß jeder Enklaffene die Zahl der Arbeitslosen vermehre, ist keineswegs stichhaltig. Denn es handelt sich hier zum großen Teil um Leute, die in anderen Berufen verhältnismäßig leicht Unterkommen finden könnten. Banke, Rechtsanwälte, Geschäfte aller Branchen suchen vergeblich nach Bureaupersonal. Der Unabhängige Dittmann erzählt in seinen Berichten über Rußland, daß, wo früher 4 oder 5 Beamte gefaulenzt hätten, heute deren 60 oder 70 sich gegenseitig im Wege ständen. Es scheint, als ob wir in Deutschland von solch russischen Zuständen nicht allzuweit mehr entfernt seien.

Milchkühe aus Amerika.

Berlin, 7. Sept. Die Lieferung von 5000 Milchkühen aus Amerika nach Deutschland wird, dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge, dieser Tage vielleicht schon behördlich ermöglicht werden. Es steht nur noch die letzte Entscheidung des Reichsernährungsministers aus.

Das neue Reichsheer.

Das Heeresverordnungsblatt gibt die Einzelheiten für die Formationen des Reichsheeres bekannt. Danach sind bei der Uebernahme bisheriger Heeresangehöriger diejenigen besonders zu berücksichtigen, die infolge des Friedensvertrages ihre Heimat verloren haben. Sämtliche bis zum 31. Dezember 1920 ihre zwölfjährige Dienstzeit beendenden Kapitulant haben mit dem letzten Tage ihrer zwölfjährigen Dienstzeit auszuscheiden; vorher kann ihnen ein sechswöchiger Urlaub bewilligt werden, um ihnen den Uebergang zu erleichtern. Ausgenommen von dem sofortigen Auscheiden sind u. a. Musikmeister, Musikmeisteranwärter und solche Kapitulant, die als Offiziersanwärter geführt werden. Von den für das 100 000-Mann-Heer vorhandenen planmäßigen Unteroffizieren können bis 50 v. H. mit Nichtkapitulant besetzt werden. Die zu übernehmenden Unteroffiziere dürfen im allgemeinen nicht über 35 Jahre alt sein, nachdem sie ihre zwölfjährige Dienstzeit vollendet haben.

Die Besetzung der Offiziersstellen regelt das Personalamt des Reichswehrministeriums, die Verteilung der Offiziere auf die Standorte ist Sache der Regiments- usw. Kommandeure, die Zeug-, Feuerwerks- und Festungsbaufeldoffiziere verteilt das Waffenamt des Reichswehrministeriums, die Verteilung der Sanitätsoffiziere regelt der Sanitätsinspektor, die der Veterinär-offiziere der Veterinärinspektor.

In jedem Wehrkreis wird ein Bataillon als Jägerbataillon aufgestellt und mit Gebirgsausrüstung versehen, und zwar in Rastenburg (später voraussichtlich in Altenstein), Kolberg, Hirschberg-Glag, Dresden, Eisenach-Sondershausen, Goslar und Kempten-Vindau.

Die Bewaffnung der Artillerie erfolgt mit Feldkanone 16 bei der ersten, vierten, fünften und sechsten Batterie der Artillerieregimenter, der neun reitenden Batterien und vorläufig der dritten Batterie des Artillerieregiments Nr. 3. Mit leichter Feldhaubitze 16 sind zu bewaffnen die zweite, fünfte und achte Batterie der Artillerieregimenter, mit Infanteriegeschütz 18 die dritten Batterien der Artillerieregimenter 5 und 7 und vorläufig die siebente Batterie des Artillerieregiments 3, mit Feldkanone 96/16 — später mit Infanteriegeschütz 18 — die dritten Batterien der übrigen Artillerieregimenter, mit 7,7-Zentimeter-Kraftwagengeschütz die neunten Batterien der endgültigen sieben Artillerieregimenter. Abwehrend hiervon erhalten die vierte und sechste Batterie des Artillerieregiments 7 Gebirgskanonen 15.

Die neunten Batterien sind die Kraftwagenbatterien; sie erhalten an Kraftfahrzeugen nur vier Kraftwagengeschütze, zwei Artilleriekraftzugmaschinen, zwei Lastkraftwagen, zwei Anhänger, einen Kleinkraftwagen und ein Krastrad. Statt eines Fahrrad es erhalten sie vier Fahrräder.

Jedes Pionierbataillon setzt sich zusammen aus dem Stabe, zwei Pionierkompanien, einer Brückentrainkompanie und

als die gesamten betragen haben, ob schärfster Anstrengung an Steuern Hauptursachen t darin, daß die glige Beamte und ung, die Reichs- r einem Streif- chen. Bei der in der Zivilver- la besser. Und assen, wo viele ebensol bequem, Dasein führen. lliche Staatssekre- tische Beispiele: u, daß diese Be- und 500 Milli- nd, während die glische Belastung 300 Millionen gen noch immer besaffenen Heeres s nicht weniger ut in diesem nndernden Allen namentlich. Bel daß sie Waren wertet, zu deren darunter 21 in die Verwertung Kaufmann über- nen Tag die Be- schaft überflüssig zum Himmel, nicht magt, den verflüssigten Stoff- pflichten. Der Arbeitslosen ver- setz sich hier zum verhältnismäßig Rechtsanwälte, Bureaupersonal. Berichten über schaulenzt hätten, ge fänden. Es schen Zuständen

Milchflühen aus "Lokalanzeiger" möglichst werden. reichsernährungs-

er.

Einzelheiten für nach sind bei diejenigen be- reidensvertrages am 31. Dezember Kapitulanten rigen Dienstzeit rger Urlaub be- leichtern. Aus- d u. a. Musik- alanten, die als ür das 100 000- fizieren können rden. Die zu inen nicht über hrige Dienstzeit

as Personalamt r Offiziere auf Kommandeure, re verteilt das Verteilung der der Veterinär-

Jägerbataillon en, und zwar stein), Kolberg, en, Goslar und

mit Feldkanone n Batterie der terien und vor- nts Nr. 3. Mit zweite, fünfte mit Infanterie- gmenter 5 und illerieregiments riegeschütz 18 — gmenter, mit Batterien der end hiervon er- illerieregiments

enbatterien; sie ttwagengeschütze, agen, zwei An- d. Statt eines

aus dem Stabe, ompagnie und

einem Scheinwerferzug. Die erste Kompanie ist vornehmlich im Stellungskrieg, die zweite im Eisenbahndienst, die dritte im Brückenbau dienst auszubilden. Der Scheinwerferzug ist der ersten Kompanie anzugliedern. Die Pionierbataillone sollen möglichst aus Handwerkern zusammengesetzt werden.

Aus den bisherigen zwanzig Brigaden nachrichtenabteilungen werden zunächst zehn, später sieben Divisionsnachrichtenabteilungen zu je zwei Nachrichtenkompanien gebildet, den Nachrichtenkompanien werden entweder ein Brieftauben- oder ein Hordzug angegliedert.

Als Jahrsgruppe wird in jedem Wehrkreis eine Jahrsabteilung (auch Festungs- und Gebirgskompanien), bestehend aus Stab und 4 Kompanien, aufgestellt, und zwar in Königsberg, Rendsburg, Küstrin, Magdeburg, Kassel, Hannover und Osnabrück, Erlangen und Landsberg a. L.

Jeder Wehrkreis erhält ferner eine Kraftfahrabteilung, bestehend aus Stab und drei Kompanien, außerdem wird für die fünfte, achte und vierte Reichswehrbrigade eine Kraftfahrabteilung aufgestellt, bestehend aus Stab, einer Kompanie und zwei Kraftwagenkolonnen. Die Leichtkraftwagenkolonnen sind aufzulösen.

In den bestehenden bleibenden Festungen und in den offenen Orten Stettin, Hannover, Kassel, Zeithain b. Niesa, Bamberg und Klausdorf-Sperenberg werden für die Verwaltung der Festungsausrüstungen und des gesamten nicht in den Händen der Truppen verbleibenden Geräts und der Munition Zeugämter an Stelle der bisherigen Artillerie- usw. Depots errichtet.

Die bevorstehende Heeresverminderung verbietet von selbst Werbungen. Besonders ist, wie das Ministerium feststellt, darüber geklagt worden, daß Landarbeiter sich in großer Zahl zur Einstellung in die Reichswehr melden. Mit Rücksicht auf die Volksernährung haben Einstellungen von Landarbeitern bis auf weiteres nicht mehr zu erfolgen.

Als oberste Führer der 5. Division (bisher Wehrkreis-kommando V) Stuttgart im 100 000-Mann-Heer sind endgültig vorgesehen: Befehlshaber der 5. Division: Generalleutnant (Walter) Reinhardt, Infanteriegeneral der 5. Division: Generalmajor Kadich, bisher Befehlshaber der zur Auflösung kommenden Reichswehrbrigade 18 Stuttgart; Artilleriegeneral der 5. Division: Generalmajor Bleidorn, bisher Artillerieführer der Reichswehrbrigade 13. Der frühere Führer der Reichswehrbrigade 13 Stuttgart, Generalmajor Haas, jetzt Befehlshaber der Reichswehrbrigade 5 Frankfurt a. O., ist im künftigen Reichswehr ab 1. Januar 1921 als Infanteriegeneral der 6. Division (München i. B.) vorgesehen, der Kommandeur des Reichswehr-Artillierieregiments 13, Ludwigsburg, Generalmajor Wilberg, als Artillieregeneral der 6. Division.

Nach dem Generalstreik.

Nachwehen.

(S.W.) Stuttgart, 6. Sept. Am Montag wurde die Arbeit in den hiesigen Industriebetrieben, mit Ausnahme von Daimler, und auch im ganzen Lande wieder aufgenommen. Die Unterzeichnung der bekannten Vereinbarung mit der Anerkennung des Steuerabzugs vollzog sich ohne Zwischenfälle. Lediglich bei der Firma Bosh versuchten einzelne Arbeiter einen gewissen Widerstand zu organisieren gegen die Entlassung der Betriebsräte der Firma. Die Firma Bosh hat nämlich ihren sämtlichen Betriebsräten ein Schreiben gefandt, das die Kündigung entfällt. Sie lautet u. a.: Auf Grund des Vorbehalts der in der zwischen den Berufsverbänden getroffenen Vereinbarung enthalten ist, erklären wir Ihnen hiemit, daß wir nicht in der Lage sind, Sie wieder einzustellen. Es verbleibt also Ihnen gegenüber bei der ausgesprochenen Lösung des Arbeitsverhältnisses. Ihre noch rückständiger Lohn und Ihre Austrittspapiere werden Ihnen durch die Post zugefandt. Etwa im Betrieb befindliches Privateigentum können Sie auf unserem Arbeiterbüro in Empfang nehmen.

(S.W.) Eßlingen, 6. Sept. In der Nacht zum Sonntag wurde die Polizeiwache aus den seit Beginn der Aussperrung besetzten Betrieben zurückgezogen. Am Sonntag vormittag wurde in einer Volksversammlung auf dem Marktplatz über das Ergebnis der Einigungsverhandlungen berichtet. In der Maschinenfabrik wird die Arbeit in zwei Serien aufgenommen. Es sollen dort 15 Arbeiter, darunter mehrere Betriebsratsmitglieder, nicht mehr eingestellt werden.

(S.W.) Neckarfühl, 6. Sept. Der Arbeiter Erwein, der in der Nacht zum Freitag das Opfer einer Schießerei wurde, wurde am Sonntag auf dem Friedhof beigesetzt. Mehrere tausend Menschen bildeten den Trauerzug. — Nach der Leichenfeier versammelte sich die Arbeiterschaft auf dem Karlsplatz, wo das Ende des Generalstreiks offiziell mitgeteilt wurde.

(S.W.) Heilbronn, 6. Sept. Bei der Maschinen-Fabrikation Heilbronn wurden bei der Wiederaufnahme der Arbeit 25 Eisenbahner-Arbeiter nicht wieder eingestellt. Auch in einigen Privatbetrieben sollen derartige Maßregelungen bevorstehen. Ueberall wird der Schlichtungsausschuß bzw. das Schiedsgericht angerufen werden.

(S.W.) Heilbronn, 6. Sept. Die hiesigen Betriebsräte nahmen in einer Entschliessung zum Abbruch des Generalstreiks auch Stellung gegen die württ. Regierung, der sie ihr schärfstes Mißtrauen aussprachen. Die Verantwortung für all die Schäden, die in der württ. Wirtschaft entstanden seien, würden auf die württ. Regierung, die den großkapitalistischen Gewaltmenschen die Ausfühung ihrer allgemein schädlichen Maßnahmen ermöglichte, fallen. Demnach haben die Rabitalen hier noch immer Oberwasser. Der Aktionsausschuß wurde auch noch nicht aufgelöst.

(S.W.) Reutlingen, 6. Sept. Eine Betriebsräte-Vollversammlung hat mit etwa 270 gegen 2 Stimmen beschlossen, der Stuttgarter Parole sich anzuschließen. Am Montag ist die Arbeit in den hiesigen Betrieben allgemein wieder aufgenommen worden, nachdem bereits am Samstag um die Mittagszeit die Straßenbahn ihren Betrieb wieder aufgenommen hatte.

(S.W.) Göttingen, 6. Sept. Vor Aufnahme der Arbeit versammelten sich die Arbeiter einiger Firmen in der Turnhalle, weil drei Mitglieder des Aktionsausschusses nicht wieder eingestellt werden sollen. Man einigte sich aber zuletzt und will das Schiedsgericht anrufen.

Der „Vorwärts“ zum Ende des Generalstreiks.

Zur Erledigung des allgemeinen Streiks in Württemberg heißt es im „Vorwärts“: Darf man damit rechnen, daß die württembergische Arbeiterschaft aus dem Verlauf und dem Ergebnis dieses Streiks die richtigen Lehren zieht oder gelingt es den überparteilichen Phrasen in kurzer Zeit, auf neue weite Kreise in Not und Elend zu stürzen?

Aus Stadt und Land.

Calw, den 7. September 1920.

Aus dem Bezirksrat.

Bei der letzten Bezirksratsitzung war unter anderem Folgendes Gegenstand der Beratung: Ernst Maidelich in Möttingen hat die dingliche Gastwirtschaft zur Krone dafelbst erworben. Die Konzession zum Betrieb derselben wird ihm erteilt. — Luise Kolb Witwe in Calw ist gestorben. Die ihr zustehende Erb- und Verwaltungsverwaltung der Schankwirtschaft in der Inselstr. 232 wird während der Nachlassregulierung dem Erben genehmigt, deren Vertreter Ernst Kolb, Lokomotivbezieher hier, ist. — Dem Konkorditor Hermann Essig in Liebenzell wird genehmigt, den Betrieb seines Kaffees auch auf der an das Gebäude Nr. 104 der Karlstraße angebauten Terrasse auszuüben. — Sodann kommt ein für die ganze Bevölkerung wichtiger Punkt zur Beratung und Beschlusfassung. Es handelt sich um die Aufstellung der Steuerzuschüsse, welche nach der neuen Steuergegebung an die Stelle der früheren Veranlagungskommissionen zu treten haben. Für das Finanzamt Hirsau sind 3 Steuerbezirke gebildet: 1. Bezirk umfaßt die Stadtgemeinde Calw. 2. Bezirk die Gemeinden Auenbach, Algenberg, Emberg, Hirsau mit Ernstmühl, Oberkollbach, Oberkollwangen, Oberreichenbach, Röttenbach, Schmiech, Sonnenhardt, Teinach, Würzbach, Zabelstein. 3. Bezirk die übrigen Gemeinden des Oberamtsbezirks. Für jeden dieser Bezirke ist ein Steuerausschuß zu wählen. Die Wahl für den Steuerausschuß des Bezirks I wurde bereits vom Gemeinderat der Stadt Calw vollzogen. Für den Bezirk II und III hatte der Bezirksrat die Wahl vorzunehmen. Bei der Besprechung der Angelegenheit kam man dahin überein, daß die verschiedenen Erwerbs- und Berufsbezirke möglichst Berücksichtigung finden sollten, damit eine einseitige Bevorzugung einzelner Erwerbszweige vermieden wird. Damit sollte auch erreicht werden, daß alle Teile der Bevölkerung zu den Ausschüssen das Vertrauen haben könnten, daß die verschiedenen Erwerbszweige auch wirklich richtig zur Steuer veranlagt würden. Gewählt wurden in den Ausschüssen des II. Bezirks als ordentliche Mitglieder: Hilligardt, Verwaltungsaktuar in Teinach; Hanselmann, Ulrich, Landwirt in Liebenzell; Westermann, Gemeindepfleger in Hirsau; Calmbach, Jakob, Landwirt in Oberkollwangen; als Stellvertreter: Röhm, Hauptlehrer in Teinach; Seeger, Martin, Landwirt und Gemeinderat in Auenbach; Holzäpfel, Flaschnermeister in Hirsau; Koller, Gemeindepfleger in Altburg. In den Ausschüssen des III. Bezirks als ordentliche Mitglieder: Karck, Schultheiß, Unterrichtenbach; Dongus, Gemeindepfleger, Detlenpfonn; Essig, Konkorditor, Liebenzell; Braun, Schultheiß, Althengstett; als Stellvertreter: Böhmle, Hauptlehrer in Liebenzell; Koller, Georg, Landwirt in Stammheim; Kling, Johs., Goldarbeiter in Liebenzell; Fliß, Christian, Gemeinderat in Althengstett. Sodann war noch ein Sonderausschuß für den ganzen Bezirk zu wählen, der sich aus folgenden ordentlichen Mitgliedern zusammensetzen wird: Kober, Verwaltungsaktuar a. D., in Calw; Dingler, Wilhelm, Gutsbesitzer in Calw; Dreiß, Eugen alt in Calw; Löcher, Schultheiß in Oberkollwangen; Morgenscher, Joh., Goldarbeiter in Liebenzell; Bauer, Karl, Zimmermeister in Liebenzell. Die Stellvertreter sind: Seeger, Hauptlehrer in Calw; Rau, Paul, Landwirt in Stammheim; Sannwald, Fabrikant in Calw; Lehrer, Schultheiß in Dachtel; Schiele, Lokomotivführer in Calw; Eisele, Schuhmacher in Unterrichtenbach. Die Funktionen des Sonderausschusses werden insbesondere umfassen die erstmalige Neuveranlagung, die Befandlung von Einsprachen usw. — In Bezug auf die Erhöhung der Unterstützungsätze für Erwerbslose wurde dem Beschluß der Stadt Calw beigetreten, der dahin abzielt, daß der Bezirk Calw von Ortsklasse D in die Ortsklasse C ausgedrückt werde, wie dies bezüglich der Wohnung der staatlichen Arbeiter schon geschehen ist. Dabei kam zum Ausdruck, daß es unbillig wäre, wenn die übrigen Erwerbsfähigen gegenüber den Staatsarbeitern ungünstiger gestellt wären. — Die Beteiligung der Amtskörperschaft an dem Bergwerksunternehmen „Hellasbad“ in Reulbach durch Gewährung eines Darlehens wird vom Bezirksrat abgelehnt. — Bei der Oberamtspartridge wurde an Stelle des ausscheidenden Assistenten Seeger Verwaltungspraktikant Müller, Engberg O.M. Maulbronn, als Assistent angestellt.

Mandolinen- und Gitarrenklub Calw.

* Im festlich geschmückten, vollbesetzten großen Saale des „Babifischen Hof“ veranstaltete am Samstag abend der Mandolinen- und Gitarrenklub Calw ein öffentliches Konzert. Der Club wurde im Dezember vorigen Jahres von seinem Leiter, Herrn Fritz Burkhardt, gegründet. Wenn man bedenkt, daß der Gründer fast alle Mitglieder des Clubs selbst herangebildet hat, so kann man sich etwa vorstellen, welche Mühe und Talfrakt er aufgewendet hat, bis er ein Orchester von etwa 40 Personen (Herrn und Damen aus Calw, Hirsau und Liebenzell) zusammengebracht hat, mit dem er in dieser kurzen Zeit — eine Reihe von Mitgliedern ist etwa erst 8 Wochen tätig — so gute Leistungen vorführen konnte, wie sie die Besucher zu hören bekamen. Seit mit der Zunahme der Wanderlust das Mandolinen- und Gitarrenspiel auch bei uns eine Pflegestätte gefunden hat, sehen wir immer weiter zunehmende Kreise unserer Jugend sich diesen leicht lernbaren, gefälligen Instrumenten zuwenden. Daß sie sich nicht nur zur Begleitung von Singstimmen vorzüglich eignen, sondern auch im Orchester wirkungsvoll zur Geltung gelangen können, das zeigten die Vorträge des Calwer Clubs aufs beste. Das Orchester trug unter der sicheren Leitung des Dirigenten eine Reihe reizvoller Stücke dar, die je nach ihrem Charakter frisch und flott herauskamen oder wie das neapolitanische Gondellied, das bekannte „Santa Lucia“ und die „Walzerträume“ stimmungsvoll wiedergegeben wurden. Eindrucksvoll waren auch die Volkslieder. Der Leiter hat die Begleitung des König-Karl-Marsches, sowie des einleitenden Chorals „Kommt, kommt den Herrn zu preisen“, und des Marsches „Wien bleibt Wien“ selbst verfaßt. Eine

wirklich gebiegene Leistung stellte der Vortrag des Chors aus dem „Nachlager in Granada“ dar. Alles in allem kann der Club mit dem musikalischen Erfolg seines Konzerts recht zufrieden sein, und es ist nur zu bedauern, daß infolge Weggangs des Dirigenten, der zwecks weiterer Ausbildung in nächster Zeit das Konservatorium besuchen will, ein Wechsel in der Leitung notwendig ist.

Außer dem Vereinsorchester spielte noch ein Doppelquartett des Professor J. Heimer Mandolinen- und Gitarren-Clubs, das bezüglich der Ausbildung schon auf einer sehr hohen künstlerischen Stufe steht. Eine gebiegene Leistung bot der Vortrag aus den „Lustigen Weibern von Windsor“ der Herren Haug und Schmid (Violine) und Dielam (Flügel). Herr Lumpy erfreute die Zuhörer mit einigen köstlichen humoristischen Sachen in schwäbischer Mundart. Die Verlosung des reichen Blumen schmucks im Saale und eine recht ausgiebige Tanzunterhaltung bildeten den Schluß der in allen Teilen harmonisch verlaufenen Veranstaltung. Der Verein hat sich mit diesem wiederholten öffentlichen Auftreten zweifellos viele neue Anhänger erworben, was sich wohl bei der Aufnahme von passiven Mitgliedern, wie sie jetzt vorgelesen ist, bald zeigen wird.

Kirchenkonzert.

* Einen erhebenden Genuß, wie er in Calw nur selten geboten werden dürfte, vermittelte am Sonntag vormittag nach Ende des Gottesdienstes in der ev. Stadtkirche das Leipziger Soliquartett für Kirchengesang einer größeren Anzahl von Besuchern. Daß die Veranstaltung nicht einen ihrer Bedeutung entsprechenden Besuch erfahren hat, mag wohl in der Wahl der Zeit liegen, vor allem aber in der ungenügenden Aufklärung, die entweder aus unbegründeter Bescheidenheit oder aber aus der Annahme entsprungen sein kann, daß die Veranstalter hier bekannt seien. Es ist nämlich sehr zu bedauern, daß das Konzert nicht weitesten Kreisen zugänglich gemacht werden konnte, denn gerade heute, wo Kummer, Elend, Zwist und Haß im kleineren wie größeren Gemeindefesttag täglich zersehend auf Geist und Gemüt einwirken, wäre eine seelische Sammlung und Erbauung, wie sie die Vorträge in vollkommener Form ermöglichen, sicherlich für viele ein wirkliches Bedürfnis gewesen. Das Quartett besteht aus dem Gründer, Professor Rößig und seiner Gemahlin, sowie Frl. Kubel und Herrn Tränkle n. r. Die Stimmen der Künstler sind aufs feinste durchgebildet und wundervoll aufeinander eingestellt; der Sopran ist glückenreim und gleich schön in allen Lagen, der Bass von einer Tiefe, Weichheit und Wärme, wie man sie wenig in dieser vollendeten Harmonie findet. Vorgetragen wurde eine Auswahl der prächtigsten Kirchenlieder aller Jahrhunderte von der Reformationsbewegung her. Eine Besprechung der einzelnen Vorträge dürfte sich erübrigen, denn alle waren sie gleich vollkommen in bezug auf gefangliche und technische Gestaltung, sowie Schönheit des Ausdrucks. In dem Gesang lag eine Reinheit, Innigkeit und Gemütsstärke, die in allen Herzen weiche Stimmung und Ergiffenheit auslöste. Trozdem die Künstler ganz einfach und schlicht ohne Begleitung sangen, trug der Vortrag infolge des innigen Zusammenwirkens der Stimmen geradezu musikalisch-symphonischen Charakter. Sicherlich haben alle Teilnehmer von der Veranstaltung sowohl einen hohen künstlerischen Genuß wie einen wertvollen seelischen Gewinn mit nach Hause genommen.

Zum konfessionellen Frieden.

ep. Die Süddeutschen Monatshefte bringen ein sehr zeitgemäßes Wort eines führenden Katholiken des 19. Jahrhunderts, J. Görres: „Neben der Zwietracht, die Deutschland in politischer Hinsicht in sich entzweit, läuft als würdige Gefährtin die Unbuddsamkeit, welche die verschiedenen Religionsparteien veruneinigt. Einest ist gerade soviel wert als das andere, und beides geht aus der allererbärmlichsten Selbstsucht und gehäßiger Leidenschaftlichkeit hervor. Daß zur Zeit, wo ein neuer Glauben sich erhebt, in den Hader der Parteien sich die Leidenschaften mischen, und es nun zum Blutkampf kommt, ist sehr erklärlich und natürlich und kann wie alles, was in der Leidenschaft geschieht, nicht zugerechnet werden. Aber dies Nachhalten, dies stille Anfeinden, diese Scheelsucht, womit die Glieder verschiedener Konfessionen sich verfolgen, kann auch gar nichts für sich anführen, indem es nur auf die gemeinsame Schlechtheit im Menschen gegründet ist. Sie wollen es ausgeben für frommen Eifer, aber dieser verfährt nicht also, er sucht wohl zu gewinnen, zu überreden, auch wohl zu zwingen im Uebermaße gutwilligen Dranges, aber er haßt nicht und verfolgt nicht, noch feindet er irgend an, und treibt nicht jene stille kleine Posselt, die gewöhnlich solchen Hader auszeichnet. Er nimmt nicht den Hader mit in die stille Kirche, wo der Gottesfriede wohnen soll, und erfüllt nicht mit Streit das stille Haus des Herrn.“

Vom Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt.

Nach den Mitteilungen der Zentralvermittlungsstelle des Württ. Obstbauvereins ist der Obstgroßmarkt durch die Unruhen der letzten Woche in der Zufuhr nur wenig gestört worden, als Folge ist aber ein Anziehen der Preise für einzelne Obstarten unverkennbar. Die außerordentlich hohen Fracht- und Befuhrpreise setzen sich jeder Preisunterchied hemmend entgegen, unterbinden auch die Zufuhr von entfernteren Erzeugnissen bedenklich. Wenn weiterhin alles geschüttelte Hochstaumobst in den geringsten Wirtschaftskreisen als „Faseloß“ vom Publikum abgenommen wird, so bleibt als „Mottoß“ wenig mehr übrig und die Züchter von edlen Früchten sind mit Recht erobert über den geringen Preisunterschied zwischen ihren und diesen Produkten. Wirnen finden in jeder Preislage und Preischaften flotten Absatz, Äpfel ziehen voreinst noch nicht. Weit die Unkenntnis bezüglich der Reisezeit geht, zeigt der Umstand, daß auf dem letzten Wochenmarkt Baumanns Äpfel und Passirobirnen, beides späte Winterforten, von der Kontrolle beanstandet werden mußten. Mottoß wird gegenwärtig zu 30 Mark der Zentner und höher gehandelt. — Der Gemüsemarkt ist gut beschickt. Die kalten Tage der letzten Woche haben das Wachstum verschiedener Gemüsesorten, Bohnen, Gurken usw. ungünstig beeinflusst. Tomaten finden infolge zu reichlichen Anbaus nur schwer Abgang, Zwiebel steigen rapid im Preis: Großhandel 60—70, Kleinhandel 70—80 Pfg. das Pfd.

Kohleneinsparung.

Damit in diesem Winter noch mehr Kohlen, als in den früheren Jahren gespart werden, beabsichtigt die Reichsregierung, folgende Anordnung zu treffen: Alle Gastwirtschaften und Vergnügungstätten müssen abends 9 Uhr geschlossen werden. Jede Schaufenster- und Luxusbeleuchtung ist verboten. In jedem benutzten Raum von Vergnügungstältern darf nur eine Lampe brennen. Lampen von über 100 Kerzen Lichtstärke

werden verboten. Für Langlokale sind keine Kohlen vorhanden. Das Heizen von Langlokalen ist verboten.

Außer Dienst gesetzte Postwertzeichen.
Postwertzeichen zu 2, 2½, 3 und 7½ Pf., die sich noch in den Händen des Publikums befinden, können nach wie vor bis zu ihrem Ausbruch zum Ergänzen der Freigeübte von Postkarten mit eingedrucktem Wertstempel zu 7½ Pf. benutzt werden. Die Frist, bis zu der hierfür nicht benutzte Marken dieser Art an den Posthäkern gegen andere Wertzeichen — ohne Erlegung einer besonderen Gebühr — umgetauscht werden dürfen, wird bis zum 15. September verlängert. Nach dem 15. September verlieren die genannten Marken ihre Gültigkeit, soweit sie die Zusatzgebühr bei Postkarten mit eingedrucktem Wert 7½ Pf. verwendet werden.

Das Urteil im Ulmer Krawallprozess.
(Schw.) Ulm, 4. Sept. Nach ständiger Verhandlung fällt die hiesige Ferienstrafkammer in dem Prozess gegen die Teilnehmer an dem im Oberamt und Rathaus am 22. Juni ds. J. beobachteten Gewalttaten folgendes Urteil: 21 Angeklagte wurden freigesprochen, 27 dagegen zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 10 Monaten verurteilt. Im einzelnen erhielten wegen erschwerenden Umständen unter erschwerenden Umständen wegen Landfriedensbruchs der 16jährige Elektrotechnikerlehrling Rudolf Eberle 4 Monate, der 45 Jahre alte Maler Josef Holzner 8 Monate, die Angeklagten Gottfried Johann Binder, Josef Winzinger und Kaver Auek je 6 Monate, Emil Nickel, Karl Kumpf, Fritz Vatran und Gottlieb Ullrich je 6 Monate, Franz Winkler 3 Monate, Karl Eberle 2½ Monate und Robert Schmid 2 Monate Gefängnis. Ferner wegen einfachen Aufschubs und einfachen Landfriedensbruchs Leonhard Schneider 10 Monate, Johann Georg Ott und Albrecht Arnold je 8 Monate, Simon Schmoß und Friedrich Eberle je 7 Monate, Hans Otto, Johann Pfeiffer und Karl Ullrich je 6 Monate, Otto Vohsenhardt 1 Monat, Albrecht Eberle, Kaspar Bockler und Johann Kitzling je 6 Wochen Gefängnis. Die Verurteilten sind meist Leute von 16—23 Jahren. — Am Montag beginnt der Prozess gegen 11 Angeklagte vor dem hiesigen Schwurgericht, es sind dies die Hauptschuldigen.

Mutmaßliches Wetter am Mittwoch u. Donnerstag.
Ein im fernsten Westen aufsteigender Hochdruck rückt langsam nach Südwestdeutschland vor. Am Mittwoch und Donnerstag ist aber noch meist trübes, nur wenig aufheitendes Wetter zu erwarten.

(Schw.) Haß, 5. Sept. Der verheiratete Maurer Friedrich Delle von Nachweiler D.-V. Döhlingen, wohnhaft in Gerabronn, hat sich dieses Frühjahr bei Gutsbesitzern in der Umgebung von Gerabronn als Tierheilkundiger ausgegeben mit der Behauptung, daß er ein Mittel gegen die Maul- und Klauenseuche erfunden habe. Es bestand in der Verabreichung einer Anzahl Broststücke an das fränkliche Vieh und in der Aufhängung von Lebensbaumzweigen im Stall, die im Friebshof zu holen waren. Der Pflücker hatte großen Zuspruch und guten Verdienst, die Bauern den Schaden. Die Strafkammer diktierte ihm wegen Betrugs im Rückfall und verbotswidrigen Betretens der verseuchten Stallungen 4 Monate und 10 Tage Gefängnis samt den Kosten.

(Schw.) Heilbronn, 5. Sept. Dem nach Großgartach verführten Hauptlehrer Schroth ist aus dem Möbelwagen während des Eisenbahntransportes das Weißzeug im Wert von 10000 M. gestohlen worden.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Geldmarkt. Der Juliabschluss der deutschen Sparkassen mit einem Einlagezuwachs von 1200 Millionen (gegen 900 im Vorjahr) wäre an sich sehr erfreulich, wenn er nicht zugleich die Folge wäre des vollständigen Darniederliegens in Handel und Gewerbe nach einer kurzen Zeit günstiger Konjunktur. Diese Geldflüssigkeit ist sonach ungesund, wie sich auch aus der weiteren Kursentwicklung der deutschen Devisen in der Schweiz ergibt, wo der Markkurs im Laufe der Woche langsam aber sicher auf 12,15 Rappen gefallen ist.

Börse. Die Gewißheit, daß der Steuerstreit auf Württemberg beschränkt bleibt und auch dort zusammenbricht, hat an den deutschen Börsen heutzutage gewirkt. Auch die außenpolitische Lage wurde trotz der Vorgänge in Oberschlesien und der französischen Säuberung für Breslau mit einem erstaunlichen Optimismus beurteilt, weil die Gefahr eines Ueberflutens des Volschwemismus nach Deutschland aus dem russisch-polnischen Konflikt als beseitigt galt. Die Tendenz war vorwiegend fest. Das gilt in erster Linie von den sogenannten Valutapapieren des Auslandes, die sprunghaft stiegen, aber auch für deutsche Montan-, Schifffahrts-, Elektrizitäts-, chemische und Bankaktien, die vielfach weiter anogen. Der Anlagemarkt war ruhig, aber gut behauptet: Reichsschatzweisungen 99,90, Kriegsanleihe 79,50, aber Aproz. Württemberg 84,50—85, gegen 88, worin die Quittung für den Streit zu erblicken ist.

Produktenmarkt. Die Frühbruschkprämie von 15 M. für den Doppelzentner ist bis zum 3. Oktober verlängert worden. Weizen gilt sonach 173,50, Dinkel 121,45, Roggen 159,50, Gerste 154,50 M. Für Futtermittel aller Art sind die Preise seit bei starker Nachfrage. Stroh ist schwerer käuflich. Raps zieht immer weiter an. Der Mangel an amtlichen Notierungen für Heu und Stroh in Württemberg macht sich störend bemerkbar.

Nach einer neuen Verordnung des Reichsernährungsministers darf 1920er Haber von den Erzeugern an das im Betrieb gehaltene Vieh verfüttert werden, von selbstgebaute Gerste die bisherigen Mengen, soweit diese zur menschlichen Ernährung nicht verwendet werden und an Zuchtschweine 2 Zentner für den Bursch.

Barenmarkt. Der Reichslohlenrat hat den Antrag des Rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats auf eine Erhöhung des Preises für die Tonne Steinkohlen um 9 M. abgelehnt. Die Eisenpreise sind ebenfalls unverändert geblieben. Für den allgemeinen Warenverkehr ist folgende Nachricht interessant: Die vielfachen Angriffe gegen die Kartelle und Verbände, daß sie den Preisabbau verhindern, indem sie ihren Mitgliedern die Herabsetzung der Preise unter eine bestimmte Grenze verbieten, haben zur Vorberatung eines Reichsgesetzes geführt, das bald verabschiedet werden soll. Der Mitteldeutsche Kalbbund hat im Anschluß an die Herabsetzung der Zement- und Braunkohlenpreise eine 10prozentige Ernäßigung vorgenommen. Auch die Zellstoffpreise wurden um etwa 5 Prozent herabgesetzt. Häute und Felle verteuern sich weiter mit Ausnahme der Kalbfelle. Wolle steht sehr stark an. Auf der Londoner Wollversteigerung wurde

für australische Ware der bisher höchste Preis erzielt. Auch die Weinpreise beginnen wieder anzuziehen. Die Erzeuger haben zuletzt zu den gesunkenen Preisen nichts mehr abzugeben, da die Herbstausfichten sich beständig verschlechtern.

Viehmarkt. Die Viehpreise bleiben unverändert hoch. Der Durchschnittspreis für ein Ferkel ist immer noch 300 M. Gute Arbeitspferde sind gesucht als je. Süddeutsche Käufer haben neulich in Köln dafür 25—30 000 M. und für mittlere Pferde 15—20 000 M. angelegt.

Holzmarkt. Die Woche hat über die dunklen Verhältnisse des süddeutschen Holzmarktes keine Klärung gebracht. Das Geschäft liegt darnieder, die Preismeldungen sind voller Widersprüche.

Literatur.

Menschen und Menschlein.

Ernst und heitere Geschichten von Anton Fendrich. Preis geh. M. 6,60, geb. M. 9,80. Franckh'sche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

Mit lebhafter Spannung werden alle, die Fendrich als Schriftsteller kennen, zu diesem neuesten Werk aus seiner Feder greifen. Tritt er ihnen doch darin als Erzähler entgegen. Bei den reichen Erfahrungen, über die er verfügt, und der schriftstellerischen Gewandtheit, die er schon auf vorhergehenden Gebieten betätigt hat, kann es von vornherein keinem Zweifel unterliegen, daß er uns auch als Erzähler zu fesseln versteht. Die Geschichten, die er uns erzählt, sind entweder eigene Erlebnisse oder beruhen auf den Beobachtungen, die er, der scharfsinnige Menschenkenner, in seiner Umwelt gemacht hat. Es sind darunter ganz reizende Erzählungen, sowohl von kleinen als von großen Menschen, darunter auch von solchen, die nicht immer gerade Wege gehen, aber schließlich doch was Rechtes schaffen. Und darauf kommt es ja vor allem an. Aberhaupt durchdringt eine gesunde Lebensauffassung im Verein mit einem gar nicht aufdringlichen, aber um so besser wirkenden Humor diese ganze Geschichtenammlung. Die vielen Tausende, die Fendrich als aufrechten Volksmann schätzen, werden gewiß das Ihrige dazu beitragen, diesem neuen schönen Werke ihres Lieblingsschriftstellers zu der weiten Verbreitung zu verhelfen, die es verdient.

Für die Schriftleitung verantwortl.: Otto Seimann, Calw. Druck und Verlag der A. H. H. H. Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.

Pebeco

wird seit über 25 Jahren von Ärzten und Zahnärzten empfohlen als eins der zuverlässigsten Mittel zur Pflege des Mundes und der Zähne.

Probetuben versenden kostenfrei

P. Biersdorf & Co., G. m. b. H., Hamburg 30.

Grundbuchamt Calw.
Versteigerung eines Wohnhauses samt Garten.
In der Nachlasssache des verstorbenen Medizinalrats Dr. Müller hier, kommt dessen Geb. Nr. 10 2 a 28 qm Wohnhaus mit 2 gewölbten Kellern, Waschküche und Hofraum auf dem Marktplat., samt Parz. Nr. 285 3 a 71 qm Gemüsegarten, Gartenhaus u. Mauer hinter Geb. Nr. 10 angekauft zu 70 000 Mk.
am Montag, den 13. September 1920, nachmittags 2 Uhr
zum zweiten- und letzten Mal auf dem hiesigen Rathaus öffentlich zur Versteigerung.
Das Haus eignet sich vermöge seiner günstigen Lage zu einem kaufmännischen oder sonstigen Gewerbebetrieb. Liebhaber sind eingeladen.
Den 6. September 1920.
Grundbuch-Beamt.: Gerichtsnotar R r a n l.

Fahrnisverkauf!
Am Freitag, den 10. ds. Mts. nachmittags 3 Uhr, kommen im Finanz-(Rameralamtsgebäude) in Hirsau zum Verkauf:
Eine eiserne Bettstelle mit Seegrasmatraken u. Polster, Koffhaarmatraken, polierter u. veltisch, Nachttisch, Notenständer, kleiner Korbständer, lackierter Stehpult, Spiegel, Bilder, Rahmen, 1 Laubfächerkasten, 1 Croquettspiel zc.
Befichtigung jederzeit.

Oberkollbach.
Eine schwere Kuh
Ruh
samt Kalb
steht dem Verkauf aus
Heinrich Schwämme.
Ente, gelbblau, verlaufen. Bitte abgeben Lederstr. 96.
3 Wollmatten und **1 Chaiselongue** verkauft billig
Fritz Hennefarth, Schulgasse 5.

Feinste Lauffener **Früh-Kartoffeln**
10 Pfd. zu Mk. 3.40 empfiehlt Otto Jung.
Feinste Rieler Büdlinge, Rotkraut empfehlen Pfannkuch & Co.
Einige Zentner **Einmachbohnen** sucht zu kaufen. Liebenzeller Wistion.
Gitarre zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.
Einen Bursch 6 Wochen alte **Hasen**, sowie 2 schöne schwarze **Belze** hat zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsst. des Blattes.
Aelteres, ehrliches **Mädchen** zur Versorgung von 2 Kühen und Beihilfe im Haushalt für 1. Oktober oder später **gesucht**. Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Herrenhüte werden in kurzer Frist fachgemäß **umgearbeitet** mit den besten Garnituren, auf neueste Formen.
W. Schäberle, Calw Hutmacher • Marktplatz.
Zur Ausführung **elektr. Licht- und Kraftanlagen, Klingelanlagen, Reparaturen aller Art,** auch für Städtische Arbeiten zugelassen empfiehlt sich **Abolf Braun, Nr. 128, Bieregasse** Installations-Geschäft.

Italiener-Singhühner gemischte Farben, 4—6 Monate alt, à 35—45 Mark abzugeben, Spezialfarben nach Wunsch etwas teurer. Abholung erwünscht. Abgabe von 5 Stück ab. **Kassegeflügelhof Wagner, Enzweihingen, Wittb.**

Bezirkswirtsverein Calw.
Morgen Mittwoch, 8. September, mittags 4 Uhr, **Monats-Versammlung** bei Kollege Waldbach, zum „Nözie“.
Einteilung betreffs Abgabe von Mostobst. Der Vorstand.
Neuhengstett.
Sässer! Säffer!
Schöne neue Lagerfässer, aus la. eignen Bergholz, 200—600 Liter haltend, sind eingetroffen und können jeden Tag gekauft werden.
A. Weinmann, Gasthaus zum „Lamm“.

Bad Liebenzell.
Fahrnis-Versteigerung.
Wegen Entbehrlichkeit verkaufe ich am Freitag, den 10. September, nachmittags 1½ Uhr bei Frau A. Wegel Hindenburgstraße 254 gegen Barzahlung:
1 Kleiderschrank, 1 Bettlade mit Koff und Wollmatrage, 1 Nacht- u. 1 Blumenstisch, 1 Sofa, 1 Tisch, 1 Schirmständer, 1 Ofenschirm, 1 Fenstertritt, 1 Waschkücher, 1 Waschkücher, Körbe, Galerien, Spiegel und Bilder, etwas Handwerkszeug, Lampen, Flaschen mit Patentverschluss und allerlei Hausrat.
Liebhaber sind eingeladen.
Stadlinventierer Kollb.

Haushälterin gesucht aufs Land in frauenlofen Haushalt mit kleiner Oekonomie. Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.
Sigbadewanne zu kaufen gesucht. Zu erfragen bei der Geschäftsstelle des Blattes.